# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 90 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 23 — Montag, den 28. Januar 1924 — 19. Jahrgang


## Das Tagebuch des Generals Allen.

### Die Besetzung des Ruhrgebietes schon 1920 geplant.

Generalmajor Allen, der an der Spitze der amerikanischen Organisationen für die deutschen Notleidenden steht, hat sein Tagebuch veröffentlicht, aus dem jetzt Auszüge veröffentlicht werden. Das Buch betitelt sich „My Rhineland Journal". Es ergibt sich daraus, daß die französische Besetzung des Ruhrgebietes bereits im Jahre 1920 zur Zeit des Kapp-Putsches, ins Auge gefaßt war. Unter dem 14. März 1920 verzeichnet Allen: Ich hörte heute, daß Millerand, der neulich bei der Sitzung des Obersten Rates mit Marschall Foch und General Weygand in London gewesen war, versprach, daß die Besetzung des Ruhrgebiets etwa am 1. März erfolgen solle, daß die technischen Vorbereitungen hierzu bereits getroffen worden seien und die Truppen zur Verfügung ständen. Marschall Foch dachte zuerst daß acht Divisionen genügen würden, aber nach einer erneuten Prüfung beschloß er, daß es zwölf sein müßten.

Unter dem 8. April 1920 ist verzeichnet: In Mainz gab mir Degoutte eine Darstellung über die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt. Die Frage, die ihn ausschließlich beherrschte, war das Ruhrgebiet. Der ganze Ton der Unterhaltung war auf den Gedanken abgestimmt, Deutschland schaffe in seiner Bosheit eine unwahre Situation im Ruhrgebiete, um eine große Truppenmacht zu unterhalten, die in Wahrheit gegen Frankreich gerichtet sei. Im Ruhrgebiete habe es keine Unruhen bis zum Einrücken der Reichswehr gegeben. Es ist klar daß eine französische Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge gefaßt ist ... Während der vielen Stunden die ich mit Degoutte verbrachte, fühlte ich, daß Frankreichs Taten auf der Furcht beruhen, Deutschland möchte sich erholen. Jetzt sei der Augenblick gekommen jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um die Bundesstaaten oder einzelne Gebiete von Deutschland zu trennen mit der ausgesprochenen Absicht, Preußen zu schwächen. Alles in allem bedaure ich Frankreich in seiner mißlichen Lage mehr denn je, denn ich sehe, daß es ein sehr gefährliches Spiel spielt.

Unter dem 21. April heißt es: Ein einflußreicher ideenschwangerer französischer General behauptet, daß, wenn Deutschland nicht weiter durch Amputationen zum Krüppel gemacht und durch Wegnahme seiner Kohlenlager im Ruhrgebiete geschwächt wird, werde es binnen fünf Jahren einen Feldzug gegen Frankreich unternehmen.

Am 25. April 1921: Lord Hardinge erzählte mir daß die Franzosen in das Ruhrgebiet gehen werden ganz gleich, ob die Deutschen das Londoner Ultimatum annehmen oder nicht.

### Poincare befürchtet seinen Sturz.

In Pariser parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß die Zuversicht der Gegner des Kabinetts Poincare durch den Verlauf der Kammersitzung über den Frankensturz gesteigert worden sei. Es verlautet sogar, daß Poincare ernstlich mit seinem baldigen Sturz rechnet. Der parlamentarische Berichterstatter des „Petit Parisien" erfährt, ein Mitglied des Kabinetts habe geäußert, er sei der einzige unter den französischen Ministern, der glaube, daß das Kabinett die Debatte überstehen würde. Die Gegner des Kabinettes hätten ihren Angriff diesmal sorgfältig vorbereitet und schon Listen mit den Namen der künftigen Minister in den Wandelgängen zirkulieren lassen. Poincare sei aber entschlossen, sich energisch zu verteidigen. Man spreche ihm die Absicht zu, durch die Stellung der Vertrauensfrage den Schluß der allgemeinen Debatte über die Regierungsvorlage und den Uebergang zur Erörterung der einzelnen Artikel zu verlangen. Dies wäre eine erste Gelegenheit für die Regierung, ihre Autorität im Parlament hervortreten zu lassen.

„Journee Industrielle" führt aus, es sei offenbar, daß das Kabinett Poincare politisch verbraucht sei, wenn nicht in der Person seines Chefs, so doch wenigstens in seinen Mitgliedern. Aber es sei trotzdem ein Unglück für das Land, wenn das Kabinett Poincare vor Annahme der Gesetze zur Bekämpfung des Frankensturzes gestürzt würde und zwar aus zwei Gründen. Der Besitz eines Pfandes, wie das Ruhrgebiet es darstelle, sei nur bei sanierten Finanzen möglich und Poincare habe auch die Mehrheit, um das Land zur Annahme der notwendigen Lasten zu bestimmen.

### Die französischen Ruhrgefangenen in St. Martin de Ree.

Die Zahl der deutschen Ruhrgefangenen in dem französischen Gefängnis St. Martin de Ree hat sich noch nicht vermindert. Als Grund der Ueberführung der Gefangenen dorthin war seinerzeit von den Franzosen angegeben worden, daß die Gefängnisse im Rheinlande und im Ruhrgebiet überfüllt seien. Das ist aber längst nicht mehr der Fall. In St. Martin de Ree werden die Gefangenen nicht wie politische, sondern wie kriminelle behandelt und mit Schwarzen zusammengesteckt. Das Verfahren gegen die Untersuchungsgefangenen wird verschleppt. Bei den Prozessen wegen angeblicher Spionage sind die deutschen Angeklagten, 38 an der Zahl, ohne Verteidigung geblieben.

### Separatisten-Meuterei in Speyer.

Donnerstag abend meuterte die separatistische Besatzung im Regierungsgebäude in Speyer, weil ihre Forderung nach höherer Entlohnung und besserer Verpflegung nicht bewilligt worden war. Das anwesende Regierungsmitglied Schmitz-Epper floh in die französische Kaserne. Von dort zog die berüchtigte separatistische Stoßtruppe der sogenannten fliegenden Ems, mit einer Kompanie Marokkaner nach dem Regierungsgebäude. Die Separatisten drangen von vorn und die Marokkaner von hinten ein und nahmen die 60 Meuternden gefangen, fesselten sie an Händen und Füßen und sperrten sie bei Wasser und Brot in die Keller des Regierungsgebäudes ein.

### Die Rache der Pfälzer Separatisten.

#### Gegen die Ankläger bei der Clive-Untersuchung.

Die sogenannte „autonome Regierung" ergreift Strafmaßnahmen gegen eine Reihe von Pfälzern, die sich bei dem englischen Generalkonsul Clive scharf gegen den Separatistenterror ausgesprochen haben. So wurden am 22. Januar zwei führende Mitglieder des Winzerbundes in Bad Dürkheim obwohl sie erklärt hatten, bei dem Empfange Clives in Neustadt nicht anwesend gewesen zu sein, in Speyer einem 5½-stündigen Verhör unterzogen. Von dem berüchtigten „Pressechef" Schmitz-Epper wurde ihnen angedroht, 10 bis 15 Winzer vom Rhein „spritzen zu lassen", das heißt, sie auszuweisen. Durch weitere Drohung mit Verhaftung und Vermögensbeschlagnahme gelang es Schmitz-Epper, einen der beiden Herren so einzuschüchtern, daß er eine Erklärung unterschrieb, wonach die von dem Winzer Poth aus Bad Dürkheim in Neustadt gemachten Ausführungen der Wahrheit nicht entsprächen. Das ganze bewegliche und unbewegliche Vermögen Poths wurde von den Sonderbündlern wegen seiner scharfen Ausführungen gegen die Separatisten in Neustadt beschlagnahmt. Die unter Gewalt erpreßte Erklärung wurde dem Generalkonsul Clive und General de Metz als Beweisstück für die angebliche separatistenfreundliche Gesinnung der Bevölkerung übersandt.

---

### Eine Unterreduug mit dem englischen Ministerpräsidenten.

Der Direktor des „Quotidien" hatte eine Unterreduno mit Ramsay Macdonald. Der englische Premierminister sagte: Man wirft Frankreich die Ruhrbesetzung vor, die nach unserer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, welche heute auf England lastet. Man wirft Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen und daß es gar keine Rücksicht auf die besonderen Interessen Englands nehme. Außerdem wird nach allgemeiner Ansicht die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen für ihre Bewaffnung angedeihen läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen.

Frankreich entnervt unser Volk das sich in aller Aufrichtigkeit fragt, ob es sich in die Notwendigkeit versetzt sieht, einerseits militärische Vorbereitungen zu treffen und andererseits neue Allianzen zu suchen. Er wollte nicht von der Beunruhigung sprechen, welche Geschäftsleute und andere hinsichtlich gewisser größerer industrieller Kombinationen hätten, deren Entstehen man ankündigt und die gegen England gerichtet zu sein scheinen, er wolle auch nicht von der Beunruhigung für die eigene Sicherheit sprechen, die von den Engländern angesichts der ungeheuren Luftrüstung Frankreichs empfunden werde, aber er müsse sagen, daß die besten Geister besorgt und mißtrauisch seien. Es sei die Aufgabe der jetzigen Regierung, die Gefahren abzuschätzen, die der eben gekennzeichnete Zustand herbeiführen könnte. Seine persönliche Ueberzeugung sei, daß im Grunde genommen das englische und französische Volk Freundschaft füreinander empfinden. Deshalb müsse man es offen aussprechen, wodurch man alle Mißverständnisse beseitigen könne. — Er glaube nicht, daß die Sachverständigenausschüsse in dem engen Rahmen, den man ihrer Aktion gegeben habe, eine befriedigende Lösung schaffen können. Wir werden abwarten, bis die Ausschüsse selbst größeren Spielraum verlangen werden. Wenn sich Meinungsverschiedenheiten mit der französischen Regierung ergeben, würde man mit ihr verhandeln. Die stärksten Rüstungen Frankreichs würden niemals genügen, die Sicherheit des französischen Gebietes zu gewährleisten. Er wünsche daß Frankreich aufhöre, sein Vertrauen einzig und allein auf die militärische Macht zu gründen, und daß es begreife, wieviel größeren Schutz es im Völkerbunde finden könne.

**Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde für Frankreich im Osten die beste Sicherheitsgarantie sein. Wenn der augenblickliche Zustand andauert, wird man, ehe 20 Jahre vergangen sind, sehen, welche Art von Sicherheit die Ruhrbesetzung Frankreich gegeben hat. Wir müssen an die Zukunft und an die Erhaltung des Weltfriedens denken. Man kann nicht längere Zeit ungestraft eine Nation in ihren Interessen schädigen oder in ihrem Stolz erniedrigen.**

Auf die Frage, ob Macdonald der Ansicht sei, daß die deutschen Demokraten aufrichtige Pazifisten und aufrichtig geneigt seien, Reparationen zu zahlen, antwortete Macdonald, er sei dessen sicher. Die Arbeiter haben die Absicht eine Politik zu betreiben, die, soweit es in unserer Macht liegt, der deutschen Demokratie den Aufstieg zur Regierung erleichtert. Eine Politik, durch welche man den deutschen Reaktionären in die Hände spiele, wäre eine Torheit, die allen teuer zu stehen kommen würde.

Ueber die separatistische Bewegung im Rheinland und in der Pfalz sagte Macdonald, seine Ansicht sei sehr einfach, sie sei die von ganz England: Wenn eine separatistische Bewegung Kontag aufsteigt dann geht uns das garnichts an, aber wenn diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt wird, dann sind wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Versailles verletzt ist, und wir werden uns daher formell weigern, diese separatistische Regierung anzuerkennen, die mit diesen Mitteln eingesetzt worden ist.

„Formell" weigern, de facto nichts tun. Denn im Grunde genommen müssen Franzosen und Engländer Freundschaft für einander empfinden. Das ist ja Macdonalds persönliche Ueberzeugung.

---

### Der Reparationsplan Albertis.

#### Herabsetzung der deutschen Leistung.

Der italienische Vertreter im Sachverständigenausschuß Alberti veröffentlicht eine Betrachtung zur Reparationsfrage, in der er nachweist, daß, wenn Deutschland die Reparationslasten nach dem Londoner Zahlungsplan leisten müßte, das auf den Kopf des einzelnen umgerechnete deutsche Nationalvermögen von 1240 Dollar, die es im Durchschnitt vor dem Kriege ausgemacht habe auf 436 Dollar sinken würde. Alberti untersucht daraufhin die von den verschiedenen Seiten gemachten Lösungsvorschläge und findet diejenige Lösung am besten die die Streichung aller interalliierten Schulden und die Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen auf 35 Milliarden Goldmark vorsieht.

Wie „Neuyork Herald" berichtet, beziehen sich die Untersuchungen der Sachverständigenausschüsse über die deutschen Eisenbahnen auf die Einnahmen auch aus den Ruhreisenbahnen, die als Bestandteil der Eisenbahnen des Reiches betrachtet werden. Es sei möglich, daß ein Teil dieser Einnahmen, namentlich der aus dem Ruhrgebiet, ausschließlich für Reparationszahlungen Verwendung finden soll.

---

### Lenins Begräbnis.

Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr, zur Zeit der Bestattung Lenins, wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion Gewehrsalven abgeschossen. Alle Fabriken und Betriebe salutierten mit ihren Sirenen die Eisenbahn stand 5 Minuten still, der Telegraph und die Radiostationen unterbrachen ihre Arbeit für 5 Minuten und gaben überallhin die Worte wieder: Lenin ist tot, aber sein Werk wird ewig leben; das drahtlose Telephon spielte den Trauermarsch.

Die Zahl derer, die am Sarge vorüberzogen, betrug über eine Million. Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau hatte im Namen der bei der Sowjetregierung beglaubigten Regierungen einen Kranz niedergelegt.

Eine umfangreiche, von Prof. Abrikossow unterschriebene Denkschrift über die Obduktion der Leiche Lenins hat die Richtigkeit der Diagnose und der Behandlung bestätigt. Der Ausgangspunkt der Krankheit ist eine ausgedehnte Arteriosklerose der Gefäße, infolge ihrer vorzeitigen Abnutzung.

#### Feiern in Berlin.

Unter starker Beteiligung fanden am Sonntag im großen Schauspielhause und in zwei Festsälen Trauerfeiern für Lenin statt. Die Feiern verliefen ohne Zwischenfall. Vor dem großen Schauspielhaus hatte sich eine große Menschenmenge, meist jugendliche Personen, angesammelt, die der wiederholten Aufforderung der Polizei, die Straße freizugeben, nicht Folge leistete, sodaß die Polizei zur Säuberung der Straße schreiten mußte.

— —